

P r o t o k o l l

der

Konferenz vom 23. 11. 42.

Vorsitz: Bundesrat Kobelt, Vorsteher des eidg. Militärdepartements.

Anwesend: Bundesrat Pilet-Golaz, Vorsteher des eidg. Politischen
Departements,
Bundesrat Stampfli, Vorsteher des eidg. Volkswirtschafts-
departements,
General Guisan, Oberbefehlshaber der Armee,
Oberstkorpskommandant Huber, Chef des Generalstabes d. Armee,
Oberstbrig. Burgunder, Departementssekretär des E.M.D.

1. Verstärkung der militärischen Bereitschaft.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass ihm am 20.11.42, kurz vor der Bundesratssitzung durch Hptm. i.Gst. Burckhardt ein Antrag des Generals übermittelt worden sei auf Erhöhung der militärischen Bereitschaft. Der Antrag sei dahin gegangen:

- a) Durch eine angemessene Verlängerung der Dienstleistung der leichten Truppen eine Einsatzgruppe leicht verschiebbarer Truppen zu schaffen.
- b) Durch Indienststellung von 8 Inf. Rgt. mit Spezialwaffen, eine Sicherung der Transversalbahnen und der Reduiteingänge zu gewährleisten.

Trotzdem der neue Ablösungsplan erst vor wenigen Wochen dem Bundesrat vorgelegen habe und im übrigen durch die weitgehende Berücksichtigung der wirtschaftlichen Interessen, zur Beruhigung und zum normalen Ablauf des Wirtschaftslebens beigetragen habe, sei der Bundesrat, gestützt auf die veränderte Lage bereit gewesen, die Ausführungen des Vorstehers des eidg. Militärdepartements zum Antrage des Generals entgegenzunehmen. Die Anträge des Generals gehen nun dahin, die im soeben genehmigten Ablösungsplan in den Monaten Dezember, Januar und anfangs Februar entstehende Lücke, auszufüllen. Der Bundesrat habe sich nach Anhörung der Ausführung des Vorstehers des eidg. Militärdepartements mit dem vorzeitigen Aufgebot und den zusätzlichen Dienstleistungen der leichten Truppen einverstanden erklärt. Dieses Einverständnis sei dem General im Anschlusse an die Sitzung zur Kenntnis gebracht worden mit der gleichzeitigen Mitteilung, dass der Bundesrat dagegen im Bezug auf die Inf.Rgt. vorläufig noch nicht zu einem Schlusse gelangt sei. In einer Besprechung mit dem Oberbefehlshaber, zu dem die Vorsteher des eidg. Politischen Departements und des eidg. Volkswirtschaftsdepartements abgeordnet wurden, sollten unter Leitung des Vorstehers des eidg. Militärdepartements die Grundlagen geschaffen werden, um in der nächstfolgenden Bundesratssitzung einen Entscheid zu fällen. Zur Lage selbst sei festzustellen, dass der Bundesrat sie eher günstiger beurteile als noch vor wenigen Tagen. Dagegen sei die wirtschaftliche Lage infolge der Ereignisse der letzten Tage wesentlich schwieriger geworden. Ein Abgehen vom Ablösungsplan habe zwangs-



läufig seine Rückwirkungen auf das wirtschaftliche Leben und sollte deshalb nur eintreten, wenn die Umstände uns dazu zwingen. Militärpolitisch sei festzuhalten, dass die Alliierten danach trachten, sich einen kürzern Weg nach dem nahen Orient zu schaffen, und zugleich die Kräfte der Achsenmächte zu zersplittern. Ein Sprung über das Mittelmeer zum Angriff gegen den Kontinent selbst bedürfte dagegen noch sehr langer Vorbereitungen und werde nicht so rasch kommen. Für die Achsenmächte selbst würde ein Angriff, sei es über Spanien oder die Türkei wohl eher zum Ziele führen. Ein Interesse an der Zerstörung der Alpenbahnen habe gegenwärtig nur die alliierte Seite, während die Achse froh sein müsse über die noch intakten Verbindungen.

Der General äusserte sich im Anschluss zu diesen Ausführungen über die Gründe, die ihn zum Antrag bewegten und verwies neben seinem ausführlichen Schreiben vom 18.11.42 namentlich auf die beigegebene militärpolitische Beurteilung der Lage vom 19.11.42 und die Meinung einer in europäischen Fragen vertrauten und bekannten Persönlichkeit. Gegenwärtig seien 2 Transportbewegungen Deutschland-Italien feststellbar, wovon die eine über die Brennerroute und die andere über den Montcenis. Bei der zunehmenden Auffüllung Italiens mit deutschen Truppen und den daherigen Nachschubbedürfnissen sei es klar, dass eine Zerstörung der einen oder andern dieser Strecken unverzüglich zu grossen Schwierigkeiten führen würde und damit der Wunsch auf Mitbenützung unserer Alpenbahnen sehr stark werde. Bis Anfangs Dezember und neuerdings ab Mitte Februar seien genügend Truppen gemäss Ablösungsplan im Dienst, um zur vermehrten Sicherung der Alpenbahnen herangezogen zu werden. Von Anfang Dezember bis Mitte Februar kaffe aber eine grosse Lücke, die sicherlich auch bei den kriegführenden Parteien bekannt sei. Das Armeekommando habe sich drei Aufgaben zur Pflicht gemacht:

1. Schutz der Alpenbahnen,
2. Schutz der Flugplätze,
3. Schutz der Einfallstore.

Von diesen drei Aufgaben könnten mit den vom Bundesrat zugestandenen Mehrleistungen der leichten Truppen nur die Flugplätze geschützt werden. Für die Bewachung der Alpenbahnen würden deshalb nur HD. Bew. Kp. zur Verfügung stehen, was als ungenügend bezeichnet werden müsse. Der General erwähnt in diesem Zusammenhang auch ausdrücklich das Ueberraschungsmoment, das bei allen Aktionen der Achse bisher eine grosse Rolle gespielt habe. Endlich sei die feindliche Haltung der Achsenpresse und des Amtes Bohle als Indiz für die Stimmung zu werden. Die erste Bedingung wird immer eine rechtzeitige Mobilmachung sein.

Oberstkorpskommandant Huber erklärt, dass vorerst nicht auf Einzelheiten einzutreten sei, sondern über den Grundsatz entschieden werden müsse. Es könne aber als sicher angenommen werden, dass die Achsenmächte bei einem Losbrechen des Kampfes auf der Südfront von Italien, kaum einwilligen würden, dass die ihren Plänen nicht gewogene Schweiz, unbehelligt im Rücken dieser Front bleiben werde. Viel eher sei zu erwarten, dass Deutschland versuchen werde, diesen unsichern Faktor bald auszumerzen und nicht erst, wenn es infolge eines Angriffs der Alliierten über das

Mittelmeer hinweg, sonst alle Hände voll zu tun habe. Erwiesenermassen müsse auch der Bewachung der Reduit-Eingänge alle Aufmerksamkeit geschenkt werden, da die Truppen gezwungen seien, aus dem Mittelland zu ihren Materialdepots und Korpsammelpätzen im Reduit zu gelangen. Perioden mit keinen oder zu wenig Truppen seien deshalb von jetzt weg nicht mehr zulässig.

Bundesrat Pilet-Golaz stellt vor allem fest, dass ein endgültiger Entscheid noch nicht gefällt sei. Der Bundesrat habe dagegen hinsichtlich der leichten Truppen seine Zustimmung gegeben. Militärisch müsse die Lage nicht als schlechter angesehen werden gegenüber der Zeit vor dem Einmarsch Deutschlands in Frankreich, im Gegenteil, Deutschland habe nun andere Sorgen und werde kaum Zeit finden, sich mit der Schweiz abzugeben. Allerdings habe eine Gefahr bestanden, gerade im Augenblick der Landung der Alliierten in Nordafrika. Der Vorsteher des eidg. Politischen Departements habe sich denn auch in diesem Zeitpunkte über die Bereitschaft der Armee orientiert und festgestellt, dass nahezu 3 Divisionen unter den Waffen ständen. Beunruhigt sei er dagegen durch die weitgehende Beurlaubung der Truppe über Sonntag und die damit zusammenhängende mangelnde Bereitschaft.

Jetzt sei die Entscheidung gefallen im Sinne des geringsten Widerstandes und der vorläufigen Besetzung von ganz Frankreich. Man habe deshalb Mühe, gegenwärtig für uns überhaupt eine militärische Bedrohung festzustellen, denn Deutschland würde mit einem Angriff gegen uns alles verlieren und nichts gewinnen. Sicher sei, dass die Alliierten allfällig noch stehen gebliebene Strecken unserer Alpenbahnen bei einem Einmarsch Deutschlands nachhaltig stören würden und damit für Deutschland unverzüglich die beiden heute bestehenden Transportmöglichkeiten ausfallen würden.

Es sei im übrigen unzutreffend, dass die bisher einem Einmarsch Deutschlands ausgesetzten Staaten, dies nicht vorher hätten feststellen können. Deutschland habe sowohl Belgien, Holland, Polen und Jugoslawien gegenüber keine Zweifel gelassen über die von ihnen beabsichtigten Massnahmen. Der Bundesrat gehe einig mit dem General, dass die Alpenbahnen zu bewachen und zu beschützen seien und zwar nicht nur gegen bewaffnete Angriffe der feindlichen Heeresmacht, sondern ebensowohl gegen Sabotage. Der Bundesrat sei ebenfalls einig mit dem General, dass die Flugplätze eine wirksame Bewachung erheischen. Es sei auch möglich, dass an der Grenze nicht nur Flüchtlinge, sondern auch Teile der französischen Armee sich einstellen werden, die als Dissidenten oder Partisanen der Alliierten, sich in die Schweiz in Sicherheit begeben möchten. Allen diesen Fällen gegenüber müsse man gewappnet sein. Deshalb rechtfertige es sich, die Bereitschaft bis zu einem gewissen Grade zu erhöhen. Der Bundesrat habe allein aus diesem Grunde dem Antrage des Generals hinsichtlich der leichten Truppen entsprochen, glaube aber, dass in einer neuerlichen Berechnung des Armeekommandos noch Reduktionen erreicht werden könnten, namentlich auch deshalb, weil mit viel grösserer Wahrscheinlichkeit im Frühjahr dann eine erhöhte Bereitschaft ohnehin einsetzen müsse.

Bundesrat Stampfli. Da die Abänderung des Ablösungsplanes für die Wirtschaft Unzukömmlichkeiten mit sich bringt, sollte eine derartige Massnahme nur bei dringender Notwendigkeit vorgesehen werden.

Ausschlaggebend sind dabei nicht die wirtschaftlichen sondern die militärischen Rücksichten. Es darf wohl vorerst festgestellt werden, dass Deutschland uns nicht als feindliche Schweiz betrachtet; denn sonst würde es uns nicht als einziges Land mit Kohle, Eisen und wichtigen Stoffen für den Anbauplan versehen. Auf wirtschaftlichem Gebiet können wir uns bis heute nicht über eine feindliche Einstellung beklagen. Neue Wirtschaftsverhandlungen stehen allerdings bevor und werden zeigen, ob die Einstellung Deutschlands gegenüber der Schweiz noch gleich geblieben ist. Alles spricht dafür, dass der Wunsch Deutschlands mit uns wirtschaftliche Beziehungen in bisheriger Weise aufrecht zu erhalten, fortbesteht, ja sogar erwartet wird, dass unsere Materiallieferungen noch zunehmen. Deutschland zeigt auch grosses Interesse an der Schweizerwährung, die auf internationalem Gebiet einzig noch eine gewisse Freiheit geniesse. Das alles spricht doch nicht dafür, dass zur Zeit ein Ueberfall auf die Schweiz beabsichtigt wird.

Der Vorsitzende möchte anhand der Ausführungen der Vorsteher des eidg. Politischen Departements und des eidg. Volkswirtschaftsdepartements den Oberbefehlshaber der Armee einladen, die Frage der zusätzlichen militärischen Bereitschaft, abgesehen von den bereits erfolgten Zugeständnissen hinsichtlich der leichten Truppen, neu zu prüfen.

Der General führt aus, dass mit Rücksicht darauf, dass "le chef du Département politique fédéral déclare que la situation "est rassurante" mais qu'il faut s'attendre à tout" (einer Anschauung, der er selbst allerdings nicht beipflichten könne), er bereit sei, die Frage der zusätzlichen Bereitschaft, abgesehen von den erfolgten Zugeständnissen hinsichtlich der leichten Truppen, neu zu prüfen. Er möchte aber feststellen, dass der Bundesrat mit ihm einig sei, wonach vor allem die Alpenbahnen eines vermehrten Schutzes bedürfen. Dieser Schutz sei umso notwendiger, als mittlerweile eine Anzahl Objekte geladen worden seien. Neben der Bewachung müsse aber noch die Ausbildung der aufgebotenen Truppe mitberücksichtigt werden. Bei einer überschlägigen Berechnung komme man deshalb dazu, für die Bewachung der Alpenbahnen und weitere dringende Aufgaben, wie sie beispielsweise vom Vorsteher des eidg. Politischen Departements verlangt werden, neben den L.Br. mindestens 4 Rgt. zugleich unter den Waffen zu behalten. Der General ist bereit, in diesem Sinne seine Berechnungen anzustellen.

Der Vorsitzende stellt die Bereitschaft des Oberbefehlshabers zur neuerlichen Ueberprüfung fest und stellt in Aussicht, dass der Bundesrat in seiner nächsten Sitzung beschliessen werde.

Bundesrat Pilet-Golaz wünscht im Anschluss an diese Aussprache eine engere Verbindung zwischen ihm und dem Oberbefehlshaber und weist auch darauf hin, dass die Bereitschaft in den Stäben in der letzten Zeit nicht immer gesichert war. Er selbst wird den General über allfällig auftretende Spannungen rechtzeitig in Kenntnis setzen.

*A propos de la
P.B. lui dit que
comme Opt. si
période fin
le major Daniel.*

Im Anschlusse daran findet eine kurze Aussprache statt über die hängigen Fragen betreffend Militärattachés. Bundesrat Filet-Golaz gibt Aufschluss über die Gründe, die zur Ablehnung von Hptm. 1.Gst. Burckhardt durch die Vereinigten Staaten von Amerika führten. Öffentlich betrifft diese Ablehnung nur die Person von Hptm. Burckhardt und nicht das vorgesehene Amt.

Da sich zwischen den im Jahre 1938 ausgegebenen Instruktionen über die Tätigkeit der Militärattachés und dem Wortlaut des Protokollauszuges der Bundesratssitzung vom 7.7.42 Unklarheiten ergeben, erklärt der Vorsteher des eidg. Politischen Departements folgendes: Das Verlangen nach Vorlage aller Meldungen des Militärattachés und der dabei gebrauchte Ausdruck "Kontrolle" bezieht sich lediglich auf die Zweckmässigkeit und die Uebermittlung der entsprechenden Meldungen, nicht aber auf deren Inhalt, in den sich die politischen Stellen, soweit es sich um ausschliesslich militärische Nachrichten handelt, nicht einmischen.

Der General ersucht darum, dass ihm diese Auslegung des betreffenden Bundesratsbeschlusses noch besonders notifiziert werde. Er wurde nicht angehört in dieser Sache.

Schluss der Sitzung 1140.

Müller

Ajustement du Plan relatif 43

in. le mois d'hist. -
Conf. du 43. 11. 42
avec D'lig. du C. T.

Geheim